

# **EWK - Zur Lage**

**Stand 31. Mai 2024**

## **Die furchtlosen Krieger**

Um die Weltlage von Ende Mai 2024 zu charakterisieren, muss man nur zwei Figuren der Weltgeschichte näher betrachten. Beide sind furchtlose Krieger, die sich von keiner Gefahr, keiner Drohung, keinem Gerichtsurteil und auch nicht von gutem Zureden beirren lassen.

Ich spreche von Benjamin Netanjahu und Anton Hofreiter.

Abgesehen davon, dass Netanjahu schon einen Schritt weiter gegangen ist, also seinen Wunsch, die Hamas auszurotten, in die Tat umgesetzt hat und weiter unbeirrt fortführt, kann ich keine großen Unterschiede im kriegesischen Denken feststellen.

Netanjahu will den Gazastreifen unter seine Gewalt bekommen, koste es was es wolle, und Hofreiter will die Ukraine befähigen, Russland zu besiegen. Dazu soll dem ukrainischen Militär gestattet werden, die „westlichen Waffen“ auch gegen Ziele im russischen Hinterland einzusetzen.

Ich fürchte, dass beide über keinen Plan B verfügen, der verfolgt werden könnte, wenn ihr Vorgehen droht, ins Auge zu gehen.

Dies aber sehen wir überall in der westlichen Welt. Verantwortungsträger denen es an Umsicht und Klugheit fehlt und dafür wie die Besessenen losstürmen.

Soviel zur Einstimmung. Weiter ausführen will ich diesen Gedanken nicht.



# Welt

## Israel - Iran

Von normalen Beziehungen zwischen Israel und dem Iran kann nicht die Rede sein. Das hat sich vor acht Wochen, am 1. April 2024 noch einmal deutlich gezeigt, als die israelische Luftwaffe die iranische Botschaft in Syrien angegriffen und dabei 16 Menschen, darunter einige hochrangige Vertreter des iranischen Militärs getötet hat.

Botschaften anzugreifen ist eigentlich tabu. Israel hat mit diesem Angriff der internationalen Diplomatie und deren Gepflogenheiten einen schweren Schlag versetzt und sich damit als schwarzes Schaf des Völkerrechts geoutet.

Für Israel gelten derartige Angriffe und Mordanschläge offenbar als die Wahrnehmung eines Gewohnheitsrechts. Erst zu Jahresbeginn war der Hamas-Anführer Saleh al-Aruri in Beirut getötet worden, von den israelischen Luftangriffen auf Ziele in [Syrien](#) und im [Libanon](#) ganz zu schweigen.

Der Gegenschlag – ausschließlich auf militärische Ziele gerichtet - erfolgte am 13. April. Der Termin war vom Iran vorher veröffentlicht worden, so dass Israel gewarnt war und die Verbündeten (USA, Frankreich, Großbritannien und Jordanien) sich auf den Angriff vorbereiten konnten. Aus dem Iran kamen rund 350 Drohnen, Marschflugkörper und Raketen, aus dem Libanon, Syrien, dem Jemen und dem Irak weitere 150.

Die Erzählungen über die Wirkung dieses Angriffs unterscheiden sich nur minimal. Israel will 99 Prozent der angreifenden Flugkörper abgeschossen haben, der Iran spricht von neun Treffern.

Ob nun 495 oder 491 Kampfmittel von der Luftabwehr aufgehalten werden konnten, spielt eigentlich keine Rolle. Wichtig ist es jedoch festzuhalten, dass Israel und seine Verbündeten Flugabwehrmunition im Wert von rund einer Milliarde Dollar verpulvern mussten, um Schlimmeres abzuwehren.

[Hintergrundinfo](#)

Der nächste israelische Gegenschlag ließ nur sechs Tage auf sich warten, war aber wirklich nur symbolischer Natur.

Danach war Ruhe, bis am 19. Mai der Hubschrauber mit dem iranischen Präsidenten vom Radar verschwunden ist.

Erste Untersuchungen des Wracks durch das iranische Militär haben bisher keine Hinweise auf Fremdeinwirkung erbracht. Dennoch „passt“ dieser Unfall einfach zu gut in die Reihe der gegenseitigen Schläge als dass man diese Vermutung gänzlich unbeachtet lassen sollte.

Den Stand der Auseinandersetzung richtig einzuschätzen, ist schwierig. Iran hat zwar erklärt, beim nächsten Mal die zehnfache Menge an Flugkörpern einzusetzen, den nächsten Angriff nicht anzukündigen und sich auch bei der Wahl der Ziele weniger Beschränkungen aufzuerlegen, die Frage ist allerdings, ob die entsprechenden Rüstungsgüter einsatzbereit zur Verfügung stehen oder ob es sich nur um einen großen Bluff gehandelt hat.

Sollte der Mossad zu dem Schluss kommen, die Bedrohung sei real, wird sich Israel für mindestens sechs Monate mit weiteren Provokationen zurückhalten. Weiß der Mossad auch nichts, wird Israel es darauf anlegen, Irans Fähigkeiten auszutesten. Dazu sollten wir den Sommer über Informationen erhalten.

Meine vorsichtige Prognose: Bis etwa September 2024 wird es im Konflikt Iran-Israel keine schwerwiegenden militärischen Auseinandersetzungen geben. Die Angriffe der Hisbollah auf den Norden Israels und die Seeblockade der Huthis werden zur Unterstützung der Hamas jedoch fortgesetzt.

Dass Israel nach dem jüngst ergangenen [Urteil des Internationalen Gerichtshofs](#) seine Säuberung im Gaza-Streifen abbrechen wird, ist ebenfalls nicht zu erwarten.

Auch vom Versuch des Chefanklägers beim Internationalen Strafgerichtshof, Karim Khan, Haftbefehle gegen drei Hamasführer und gegen Netanyahu und den israelischen Verteidigungsminister zu erwirken, erwarte ich auf

beiden Seiten keine Verhaltensänderungen. Die forsche Ansage des deutschen Regierungssprechers, Deutschland würde Netanjahu „natürlich“ verhaften, wenn ein Haftbefehl gegen ihn besteht, wird meines Erachtens keinen Bestand haben. Sollte es jemals ernst werden, bekommt Netanjahu seinen Staatsempfang in Berlin und darf ungehindert wieder nach Tel Aviv zurückfliegen.

Mit Norwegen, Irland und Spanien haben jetzt drei weitere UN-Mitgliedsstaaten Palästina als Staat anerkannt. Damit ist ein palästinensischer Staat von 146 Staaten anerkannt. 46, darunter Deutschland, halten sich damit noch zurück.

## China - Taiwan

Die Betrachtung zu der von der VR China angestrebten Wiedervereinigung mit Taiwan, früher Formosa, müssen mit der deutschen Bundeswehr beginnen.

Da gibt es nicht nur Verbände, die im Baltikum stehen und die Russen aufhalten sollen, es gibt nicht nur Offiziere, die sich über die Zerstörung der Krimbrücke Gedanken machen, es gibt auch einen schönen, neuen Begriff für die Landesverteidigung weit hinter dem Hindukusch, nämlich: „Indo-Pacific Deployment“. Bei [German-Foreign-Policy](#) hat man dafür diese Formulierung gewählt: „Berlin entsendet mehr als 30 Militärflugzeuge und zwei Kriegsschiffe in die Asien-Pazifik-Region, verstärkt parallel zum Aufmarsch gegen Russland seine Beteiligung am Aufmarsch gegen China.“

Was soll das? Will der Wertewesten mit Taiwan eine zweite Ukraine schaffen? Nur zu dem Zweck, China in einen Abnutzungskrieg zu verwickeln an dessen Ende der glorreiche Einmarsch von US-Truppen erfolgt?

Sicherlich: Taiwan ist die Chipfabrik der Welt. Doch zu glauben, diese Produktionskapazitäten könnten in einem heißen Krieg gegen China geschützt werden, ist doch ziemlich verwegen. Käme es jedoch ohne Krieg zur angestrebten Vereinigung, blieben chinesische Chips höchstwahrscheinlich in hoher Qualität und ausreichender Quantität am Markt.

Da der Verlust dieser Kapazitäten anscheinend in Kauf genommen wird, ist klar, dass dies nicht das Ziel des Aufmarsches gegen China sein kann.

Taiwan ist von übergeordnetem geostrategischen Interesse. Taiwan ist der große, unsinkbare Flugzeugträger der USA vor der Küste Chinas. Eine solche Position kann man nicht aufgeben, schon gar nicht kampfflos.

Von hier aus führt ein direkter Weg zurück zu Netanjahu. Der ist – zumindest ein bisschen – darauf angewiesen, dass Schiffe, die durchs Rote Meer von oder nach Israel unterwegs sind, auch unbeschädigt durchkommen. Die EU hat daher die Mission „Aspides“ auf den Weg gebracht. Kriegsschiffe aus EU-Staaten sollen die Handelsschiffe beschützen. Doch, wie so oft, klingt so eine Idee besser als sie in der Ausführung aussieht. Vasileios Gryparis, der Kommandeur von Aspides, hat [nicht die nötige Anzahl von Schiffen](#). Zehn bräuchte er, um den Auftrag zu erfüllen, aber nur drei stehen ihm zur Verfügung. Da hat wohl der Aufmarsch gegen China die höhere Priorität ...

Was dabei nur selten im Blickfeld der Öffentlichkeit auftaucht:

[Taiwan ist kein Staat](#). Jedenfalls kein völkerrechtlich anerkannter. Taiwan ist nicht bei den Vereinten Nationen vertreten. Alle 27 EU-Mitglieder verfolgen die 1-China-Politik, erkennen Taiwan also nicht an.

Daraus folgt im Umkehrschluss, dass alle Bemühungen Chinas, Taiwan auch faktisch in die Volksrepublik einzugliedern, nur als absolut legitim angesehen werden können, was wiederum bedeutet, dass alle militärischen Muskelspiele der USA und ihrer Vasallen in der Straße von Taiwan nicht zum Schutz Taiwans zelebriert werden, sondern lediglich der Provokation der VR China dienen.

## Russland - Ukraine

Alles riecht nach „letztem Aufgebot“. Die Ukraine selbst leidet mehr unter Personalmangel als unter Materialmangel. Rabiante Rekrutierungsmaßnahmen zeugen davon.

Vermutlich sehen die Analysten im Pentagon den baldigen Zusammenbruch des ukrainischen Militärs voraus und wollen die letzten Wochen oder Monate nutzen, um auf Rechnung und unter Verantwortung der Ukrainer noch den größtmögliche Schaden in Russland anzurichten. Die Stichworte lauten:

- Lieferung von F16 Kampfflugzeugen,
- Lieferung zusätzlicher Luftabwehrsysteme Patriot,
- Flugverbotszone über der Ukraine,
- Abwehr von Drohnen, Marschflugkörpern und Raketen über der Ukraine von den umliegenden NATO-Staaten aus
- Lieferung weitreichender Waffensysteme zum [Einsatz gegen Ziele im russischen Hinterland](#)

Nicht Worte, sondern Taten von ganz besonderer Güte kommen hinzu, nämlich Angriffe aus der Ukraine heraus auf das russische Frühwarn-Radarsystem zur Erkennung von Angriffen mit Interkontinentalraketen. Zuerst wurde die [Station Armawir](#) angegriffen, dann noch die Station in der Nähe von Orenburg. Diese Angriffe, die von keinerlei militärischem Nutzen für die Ukraine sind, haben die Zweitschlagfähigkeit Russlands im Fall eines Angriffs mit Interkontinentalraketen beeinträchtigt. Wie groß die Schäden sind und wie viel Zeit es beanspruchen wird, sie zu reparieren, ist hier nicht bekannt. Ziemlich sicher ist jedoch, dass diese Beeinträchtigung bei der Früherkennung die Gefahr eines Atomkriegs nochmals vergrößert hat.

Schon vor den Angriffen auf diese Radarstationen hat man die Ankündigungen des Wertewestens sehr ernst genommen.

Wie ernst, zeigt sich darin, dass Russland seine [taktischen Nuklearwaffen](#) in Gefechtsbereitschaft versetzt hat und diese Waffen mit hohem Tempo auch in [Weißrussland](#) stationiert.

Hier dürfte es sich hauptsächlich um Raketen, bzw. Marschflugkörper für das [Iskander](#)-System handeln, wobei Reichweiten von bis zu 500 km für die Raketen und bis zu 2.600 km für die Marschflugkörper möglich sind. Die nuklearen Sprengköpfe haben Sprengleistungen von 5 bis 200 kT. (Hiroshima: 12,5 kT)

Es stellt sich hier allerdings eine Frage, die sich schon beim ersten Einsatz von Atomwaffen gestellt haben dürfte: „Wohin mit dem Ding?“

Gibt es irgendwo Truppenansammlungen, die groß und gefährlich genug sind, um sie mit Atomsprengköpfen anzugreifen? Lässt sich eine Lücke in die Front sprengen, um dann mit Bodentruppen dort durchzubrechen? Beides muss m.E. verneint werden. Ganz unabhängig davon, dass damit die vorstehend aufgeführten Gefahren nicht aus der Welt geschafft werden könnten.

Es kann eigentlich nur gegen Städte gehen. Und wenn die direkte Konfrontation mit dem Westen noch vermieden werden soll, dann wäre Kiew das geeignetste Ziel.

Dass [deutsche Rüstungsunternehmen](#) sich nun in die Ukraine aufmachen um dort Waffenfabriken zu errichten, lässt sich nur damit erklären, dass die Regierung diese Unternehmen mit [Garantien](#) und Bürgschaften bis zum Stehkragen absichert. Drohnenhersteller Quantum Systems aus München hat jüngst eine Fabrik zur Herstellung von Aufklärungsdrohnen in der Ukraine eingeweiht. Rheinmetall hat seinen Standort bereits eröffnet. Panzerbauer Kraus Maffei Wegmann ist ebenso auf dem Weg in die Ukraine wie

der Lenkwaffenspezialist MBDA. Selenski schwärmt bereits davon, die Ukraine könne einer der bedeutendsten Rüstungsstandorte weltweit werden.

Für die Führungskräfte der deutschen Rüstungsunternehmen wird es zudem eine wichtige Erfahrung sein, unter Kriegsbedingungen eine Produktion hochzuziehen und am Laufen zu halten.

## China - Russland - Iran - BRICS

Die Pläne zur Schaffung einer neuen, gemeinsamen Währung nehmen Fahrt auf. Insbesondere der Iran soll zur Eile drängen. Es ist hier schwer zu unterscheiden zwischen dem Wunsch über ein eigenes, von den USA unabhängiges Zahlungssystem zu verfügen, und dem Wunsch, den USA durch die weitere Entdollarisierung des Welthandels zu schaden. Russland verkauft Öl und Gas ja schon länger nur noch gegen Rubel. Zwischen den BRICS-Staaten wird an vielen Stellen bereits in den jeweiligen Landeswährungen fakturiert. China ist zudem dabei, sich in großen Tranchen von Dollar-Anleihen zu trennen und sich stattdessen mit Gold einzudecken.

Die [Frankfurter Rundschau](#) hat der Thematik einen ausführlichen Artikel gewidmet, dem es zwar in Bezug auf das westliche Dollar-Finanzgebaren an jeglicher Selbstkritik fehlt, der jedoch gleichzeitig aufzeigt, wie schwer der Dollar-Westen von der Existenz einer globalen Konkurrenzwährung getroffen würde.

Das Dollar-System ist kein Kreislauf, sondern ein Strom von einer Quelle, wo die Milliarden aus dem Nichts geschaffen werden, in mehrere große und kleine Senken aus denen sich der Dollar nicht mehr befreien kann.

Es ist „Gepflogenheit“, dass der Welthandel weitgehend in der Leitwährung Dollar abgewickelt wird. Das macht es für alle international aktiven Unternehmen erforderlich, sich mit erheblichen Mengen an US-Dollar einzudecken. Dies erfolgt durch Exporte (nicht nur in die USA) die in Dollar fakturiert werden.

Dadurch, dass sich die USA Jahr für Jahr in ganz erheblichem Maße neu verschulden, kommen die Dollar-Milliarden in die Welt und fließen über die Importe aus dem Land. In den Volkswirtschaften, die dabei einen Dollar-Überschuss erwirtschaften, also z.B. in den Ölstaaten am Golf oder seit geraumer Zeit in China, werden diese Überschüsse genutzt, um US-Staatsanleihen zu kaufen.

Das Prinzip, beispielhaft auf den Punkt gebracht:

- Die USA „drucken“ 1 Milliarde US\$
- Deutschland exportiert Waren im Wert von 1 Milliarde US\$ in die USA
- Deutschland importiert für 1 Milliarde Dollar Öl aus Saudi-Arabien
- Saudi-Arabien erwirbt für eine Milliarde US\$ US-Staatsanleihen

Deutschland in der Mitte sieht dabei immer noch gut aus. Es hat reale Ware geliefert und reale Ware (Öl) erhalten.

Saudi-Arabien hat reale Ware (Öl) geliefert, aber nur bedrucktes Papier mit niedrigem Brennwert erhalten.

**Die USA haben nichts geliefert**, aber reale Ware gegen bedrucktes Papier erhalten.

Das „war“ ein ziemlich cleveres Geschäftsmodell und Vermutungen, wer alles sterben musste, um dieses Geschäftsmodell zu retten, gibt es viele, angefangen bei John F. Kennedy bis hin zu Muammar al-Gaddafi.

Sollte dieses Geschäftsmodell nicht mehr tragen, weil die Nachfrage nach Dollar im internationalen Zahlungsverkehr unter ein gewisses Mindestvolumen sinkt, das ausreicht, den Dollar zu stützen, wird der Dollarkurs erdrutschartig abstürzen. Allerdings können die Dollargläubiger, also jene Staaten, die große Devisenreserven in Dollar halten, daran nicht wirklich interessiert sein, weil sie damit schließlich ihr eigenes Vermögen zerstören.

Doch hier setzt nun ein neues Kalkül ein. Schuld daran sind die USA selbst, indem sie das Einfrieren von Dollarguthaben als Werkzeug in ihren Sanktionsbaukasten übernommen haben. Und nicht nur das. Mit dem „Diebstahl“ von Dollarguthaben und der Überweisung an die Ukraine haben sie das Vertrauen in die USA und den Dollar in allen Staaten, die nicht als US-Vasallen den Verfall der Werte der wertebasierten Ordnung stoisch ertragen, massiv untergraben.

Die Frage, ob man seine Dollarbestände als Waffe einsetzen sollte, bevor sie dem eigenen Zugriff entzogen werden, schreit von der Logik her nach einem JA, denn die Alternative heißt: Geld verlieren und den Hegemon dabei schädigen oder einfach nur Geld verlieren?

Es genügt doch, China zu bezichtigen, Russland im Ukraine-Krieg zu unterstützen, um einen Vorwand zu haben, chinesische Guthaben zu sperren.

Zahlen sind problematisch. China meldet derzeit offiziell Devisenreserven von gut 3 Billionen Dollar. Experten schätzen, dass damit nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Dollar-Reserven ausgewiesen werden, weitere drei Billionen hätten die Chinesen außerhalb der Zentralbankdaten „versteckt“.

Wer bei Google nach „China Dollar Verkäufe“ sucht, erhält eine Fülle von Fundstellen, die zusammengenommen das Bild ergeben, dass China laufend, Monat für Monat, mindestens zweistellige Dollarbeträge an den Spotmärkten abstößt. Westliche Auguren sehen darin – offenbar nach einem Blick ins Lehrbuch - den Versuch, den YUAN zu stützen.

Ich gehe davon aus, dass der Blick ins Lehrbuch hier den Blick auf die Realität verstellt.

Ziel des Prozesses ist es m.E. sehr viel mehr, vorsorglich die Dollarbestände abzubauen, solange noch über die gehorteten Exporterlöse verfügt werden kann und die Schwächung des Dollars durch den langsamen, allmählichen Abbau der toxischen Währung unter geringen eigenen Verlusten herbeizuführen.

## **Habeck – Selenski – Putin**

Das Verbindende zwischen Putin, Selenski und Habeck ist das russische Erdgas, das immer noch per Pipeline via Ukraine in die EU fließt und hilft, die Energiesorgen der Europäer zu lindern. Schließlich enthält auch das 13. Sanktionspaket der EU immer noch kein Verbot, russisches Gas zu importieren. Bei einem Großteil der russischen Lieferungen handelt es sich zwar inzwischen um LNG, das von der Yamal-Halbinsel per Gastanker in Seebrügge, Belgien, angelandet wird, wobei für Selenski also keine Durchleitungsgebühren anfallen. Ein anderen Teil kommt aber immer noch über die Pipeline. Hauptabnehmer ist Ungarn, das rund 80 Prozent seines Erdgases und seines Rohöls in Russland einkauft. In fast gleichem Maße verbraucht auch Österreich noch russisches Erdgas.

Hier taucht nun am Horizont ein kleiner schwarzer Schwan auf.

Selenski, der immer noch selbst russisches Erdgas bezieht und verbraucht, weigert sich, das im Dezember auslaufende [Durchleitungsabkommen](#) zu verlängern. Es geht immerhin um 15 Milliarden Kubikmeter Jahresvolumen, die aller Voraussicht nach für die EU wegbrechen, was insbesondere bedeutet, dass Ungarn und Österreich von den übrigen Mitgliedsstaaten aus anderen Quellen mitversorgt werden müssen.

Doch. Sie erinnern sich richtig. Da war schon mal was.

Robert Habeck hat uns schon [im Juni 2023](#) darauf vorbereitet, dass die Verabredungen der EU so lauten, dass wir (Deutschland) unsere Industrie drosseln oder gar abschalten müssen, bevor die Leute „dort“ frieren.

Ein Jahr später scheint der Erkenntnisstand im Wirtschaftsministerium immer noch unverändert. Jedenfalls habe ich nichts Neues gehört, was auf eine Lösung des drohenden Problems hinausliefere. Im Gegenteil: Nachdem Biden im fernen Washington um ein paar grüne Wähler für sich zu mobilisieren, den (von Deutschland) dringend benötigten Bau weiterer LNG-Terminals zum Export von US-Fracking-Gas verboten hat, ist ja eine weitere Blüte aus dem kleinen Strauß der Energiehoffnungen vertrocknet.

Inzwischen wächst bei mir der Verdacht, dass mit „die Leute dort“, die nicht frieren sollen, nicht nur die betroffenen östlichen EU-Staaten gemeint sind, sondern möglicherweise auch und vor allem die Ukraine selbst.

Kein Verdacht, sondern Gewissheit besteht allerdings dazu, dass der Wegfall des über die Ukraine importierten Pipeline-Gases die Gaspreise wieder enorm anziehen lassen wird.

Offen bleibt die Frage, was sich Selenski und die Strategen in Washington, die ihm die Hand führen, davon versprechen, die EU am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen. Alles was mir dazu einfallen würde, ist so verrückt, dass ich mich lieber nicht öffentlich dazu äußere.

## Handelskriege

### USA - China

[Strafzölle von bis zu 100%](#) auf E-Mobile, Batterien, Solarzellen, Medizinprodukte, Halbleiter, Stahl, Aluminium und Hafenkranne sind der jüngste Streich des Wahlkämpfers Joe Biden im hybriden Krieg gegen China.

Er führt damit in unsinnig verschärfter Form fort, was Donald Trump um einiges behutsamer mit der Heimholung der Industrie in die USA begonnen hatte.

China hat mit Maßnahmen zur Verteidigung seiner Interessen gedroht, bis jetzt allerdings noch keine konkreten Schritte eingeleitet.

Es ist so einfach nicht, nach rund drei Jahrzehnten der billigen Importe aus China, die geholfen haben, den mehr oder minder ausgeprägten Konsum der amerikanischen Bevölkerung zu ermöglichen, der gleichen Bevölke-

rung den gleichen Lebensstandard mit sehr viel teureren, im Inland produzierten Waren zu erhalten.

Wir stehen hier vor einer der großen Lücken im Lehrgebäude der Marktwirtschaft, an der sich zeigt, dass die unsichtbare Hand des Marktes unter bestimmten Bedingungen auch völlig hilflos sein kann.

Es ist übrigens die gleiche Lücke, die sich mit dem Verzicht auf preiswerte Energie (Kernkraft, russ. Erdgas) in Deutschland zeigt:

Willkürliche Zerstörungen kann der Markt nicht prompt kompensieren. Es muss mühsam ein neues Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau gesucht werden. Erst von da aus kann es – vielleicht – wieder aufwärts gehen. Wird der Markt bei dieser Suche durch politische Eingriffe gestört, wird alles nur noch schlimmer.

Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich muss der Staat die Rahmenbedingungen setzen. Politische Eingriffe sind etwas anderes. Sie zerstören das Vertrauen und damit die Stabilität und erfordern in hektischer Folge immer neue, zerstörerische Eingriffe.

Bidens neue Attacke auf den Handel mit China wird vielleicht ein Strohfeuer an Investitionen in den USA auslösen, damit kann aber die fehlende Massenkauftkraft nicht flächendeckend hergestellt werden, was mittelfristig wieder zum Erlöschen der Strohfeuer führen wird.

## **USA – Russland**

Russland ist nach wie vor der wichtigste Lieferant von Uran-Produkten weltweit. US-Kernkraftwerke haben zuletzt etwa 12 Prozent ihrer Kernbrennstoffen aus Russland bezogen.

Nun hat Biden den Kauf von russischen Uran-Produkten verboten. Ausnahmen gibt es explizit für Atomkraftwerke, die keine anderen Quellen auf-tun können, dies allerdings auch nur bis 2028.

Anatoli Antonow, derzeit russischer Botschafter in den USA, hat dieses Verbot kommentiert. Vor allem wies er darauf hin, dass die USA nicht über ausreichende Kapazitäten der Urananreicherung verfügen, was zu Verwerfungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen weit über USA und Russland hinaus führen werde.

[Hier mehr dazu.](#)



# Europa

## Frankreich

### Macron und die Kanaken

Der umtriebige Präsident der Grande Nation sah sich jüngst genötigt, nach Neukaledonien zu jetten, wo sich die Kanaken gegen ein Gesetz zur Wehr setzen wollten, von dem sie fürchteten, es könne die sowieso im Gange befindliche Umvolkung noch beschleunigen.

Allerdings handelt es sich bei den unerwünschten Zuwanderern aber nicht um die Kanaken, die wohnen schon länger dort, sondern um weiße Franzosen aus dem Raum zwischen Normandie und Okzitanien, die nun noch schneller das Wahlrecht erhalten sollten, was die Kanaken um die Chancen zur Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts fürchten ließ.

Diese Furcht hat sich in massiven Ausschreitungen entladen. Macron kam hin, besänftigte mit der Ankündigung einer Verschiebung und ließ 2.000 mitgebrachte französische Sicherheitskräfte in Neukaledonien zurück. Der Ausnahmezustand ist inzwischen aufgehoben.

Macrons Standard-Strategie, mit der er sich der Gelbwesten- und der Bauernproteste entledigt hat, scheint auch in den französischen Überseegebieten zu funktionieren. Vermutlich hat er sich gedacht: Kanaken sind auch bloß Menschen ...

## Macron und die Deutschen

Obwohl in Berlin kein Aufstand niederschlagen war, hat Macron seit langer Zeit wieder einmal einen großen Staatsbesuch in Deutschland absolviert und Frank-Walter und Olaf artig zum Grundgesetzgeburtstag gratuliert.

Das hat neben schönen Worten auch schöne Bilder hervorgebracht, hinter denen die fortbestehenden Differenzen versteckt werden konnten, doch weder in Bezug auf die Eskalation des Ukraine-Krieges noch in Bezug auf die Weiterentwicklung der EU unter französisch-deutscher Federführung kam es zu konkreten Fortschritten.

Das hat wohl auch niemand erwartet, weshalb es auch nicht schlimm ist, aber Macron hat es halt wieder mal probiert, die Deutschen als unbewegliche, feige Sturköpfe vorzuführen, die sich nicht einmal dann bewegen, wenn er den [Untergang der EU](#) mit drastischen Worten an die Wand malt:

„Europa kann sterben, wenn wir falsche Entscheidungen treffen.“

## Macron und die Stromschnorrer

Sechs neue französische Atommeiler sind konkret geplant, acht weitere könnten noch hinzukommen.

Das kostet. Rund 100 Milliarden Euro hat Frankreich für den Atomausbau veranschlagt und kramt nun jene alte Idee wieder vor, die manche deutsche Mietinteressenten vor Jahrzehnten in die Verzweiflung getrieben haben. Er will von denen, die perspektivisch französischen Atomstrom beziehen werden, einen „Baukostenzuschuss“ einfordern.

Die Schweizer haben das sofort auf sich bezogen, weil sie sich schon in der Vergangenheit an der Errichtung von drei französischen AKWs beteiligt und im Gegenzug langfristige Lieferverträge erhalten hatten.

Die deutschen Atom- und Kohleaussteiger glauben allerdings noch, gar nicht gemeint zu sein. EPOCH-Times zählt die Habeck-Argumente auf und entkräftet sie im gleichen Artikel auch schon wieder, ohne die Widersprüche explizit zu thematisieren. [Einfach mal lesen.](#)

# Niederlande

**Geert Wilders ist am Ziel.** Seine freiheitliche Partei PVV wird der Regierungskoalition aus Ruttes VVD, der mitte-rechts angesiedelten NSC und der Bauernpartei BBB die notwendigen Mehrheiten beschaffen.

Vereinbart ist,

- die NATO und die Ukraine gegen Russland zu unterstützen,
- strikt gegen weitere Einwanderung vorzugehen,
- Abschiebungen zu beschleunigen und
- die Regeln zu Familienzusammenführung zu verschärfen.

Das hätten Rutte und Koalitionsgenossen ohne auf Wilders verweisen zu können alleine nie gewagt, aber die Einsicht in die Notwendigkeiten scheint weit genug gereift gewesen zu sein, um diesen Deal abzuschließen.

# United Kingdom

**Rishi Sunak ist am Ende.** Niemand weiß, was ihn geritten haben mag, den Termin für die Wahlen deutlich früher als bisher angekündigt auf den 4. Juli 2024 festzulegen. Die Aussichten der Torys sind aktuell grotten-schlecht, was jemanden, der auf ein Wunder hofft, eher veranlasst hätte, den Wahltermin so weit als möglich hinauszuschieben. Es sieht so aus, als möchte er so bald als möglich aus der Verantwortung entlassen werden.

Die Frage ist: Verantwortung wofür?

Bei der Zuwanderung hat er sich Mühe gegeben, aber auch nichts erreicht, womit er sich in guter europäischer Gesellschaft befindet. Das ist m.E. nicht ausreichend, hastig den Notausgang zu suchen.

In Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung steht er gar nicht so schlecht da – und daran hätte sich auch Monate später nichts nennenswert verändert. Von angegriffener Gesundheit oder der Sehnsucht nach der Work-Live-Balance ist ihm auch nichts anzumerken. Was aber ist es dann?

Ich füge den Spekulationen meine eigene hinzu, von der ich es schön fände, wenn sie zuträfe:

Ich vermute, es ist Sunaks Mentalität, es sind seine indischen Wurzeln, die ihn den britischen Kolonialismus, die aggressive Seemacht mit dem Schlachtruf: „Britannia rules the sea“, nicht als großartig wahrnehmen las-

sen können, sondern als bittere Erinnerung an Unterdrückung und Erniedrigung.

Dies alles projiziert er nun auf die Verschärfung des Konflikts mit Russland, der in einen großen Krieg auszuarten droht, in dem die Briten wieder eine wichtige, aggressive Rolle spielen sollen, die er aber nicht mittragen will.

Wie gesagt, das ist meine Spekulation. Darauf wetten würde ich selbst nicht. Sollte sie aber zutreffen, dann wäre die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass mit dem offiziellen Kriegseintritt der NATO, bzw. einiger wichtiger NATO-Staaten, ab August 2024 gerechnet werden muss.

## Europäische Union

Das diesjährige Ritual der Demokratie-Simulation steht unmittelbar bevor. Wieder gibt es die unterschwellige Suggestion, es stünden nicht nur Kandidaten für die Sitze des Parlaments der EU zur Wahl, sondern irgendwie auch Ursula von der Leyen als neuerliche Anwärtlerin auf das Amt des Kommissionspräsidenten. Vorsorglich wird vom Mainstream nicht daran erinnert, dass sie schon beim letzten Mal nicht gewählt, sondern in den Hinterzimmern der Brüsseler Macht ausgekungelt worden ist.

Was man im Mainstream ebenfalls vermisst, ist der Hinweis darauf, dass die ehrenwerte Kommissionspräsidentin im Mittelpunkt staatsanwaltlicher Ermittlungen steht, die sich wiederum um ihre Rolle bei der Beschaffung der Covid-Überdosis für die EU-Bevölkerung dreht.

Hatte die WELT am 4. April noch die Kurznachricht abgesondert:

*„Die europäische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Dabei geht es um Korruption, Einmischung in öffentliche Ämter und Interessenskonflikte bei den Impfstoffdeals“*,

vermeldete die Süddeutsche am 16. Mai mit diesen Worten vor der hochgezogenen Bezahlschranke:

*„Was hinter den angeblichen Ermittlungen gegen Ursula von der Leyen steckt“*, um dem noch zwei Sätze folgen zu lassen, nämlich:

- **Ein** Kontakt zwischen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem CEO von Pfizer ist der Hintergrund von "Pfizergate".

- Die Präsidentin der EU-Kommission **steht wegen Kontakten** zum Chef des Pfizer-Konzerns während der Corona-Pandemie unter Druck. Was ist dran am Vorwurf der Amtsanmaßung und Korruption?

Warum kann man hier nicht die gleichen Maßstäbe anlegen, wie bei den Vorwürfen gegen Maximilian Krah? Müsste die CDU nicht auch aus der EVP-Fraktion ausgeschlossen werden, wie die AfD aus der Fraktion Identität und Demokratie?

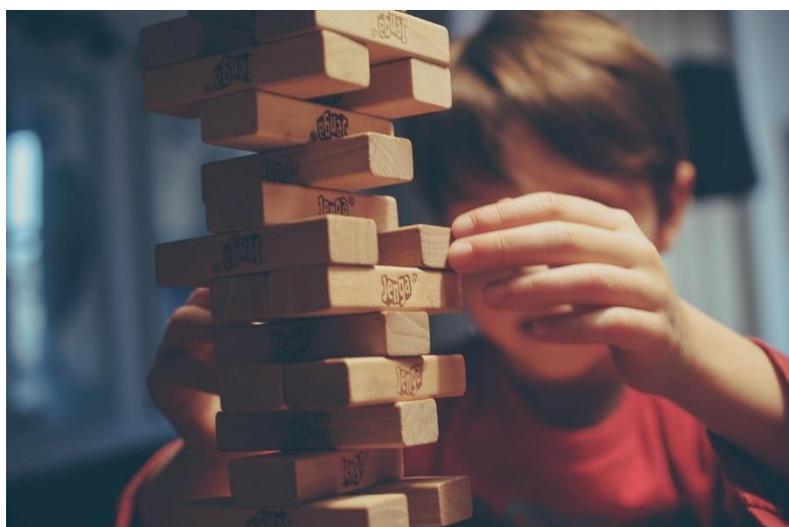
Liegt es daran, dass für Angehörige der „demokratischen Parteien“ eine andere Unschuldsvermutung heranzuziehen ist?

Oder liegt es daran, dass es sich bei Krah nur um Anschuldigungen handelt, die mit keiner nachweisbaren konkreten Tat im Zusammenhang stehen, während man bei Frau von der Leyen ganz genau weiß, wie viele Dosen sie für wieviel Geld bestellt hat, nur eben nicht, warum sie zum Inhalt der Kaufverhandlungen keine Unterlagen hat?



- Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung bemisst sich weiterhin nicht an den versicherungsfremden Leistungen, die der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von der Politik aufgebürdet wurden, sondern orientiert sich an der Kassenlage der Rentenversicherung und des Finanzministers. Die Vermutung, dass die Rentenkasse für soziale Wohltaten diverser Regierungen weitaus stärker geplündert wird als sie durch den Bundeszuschuss zurückerhält, ist durchaus nicht unbegründet.

Die Freude von Hubertus Heil, der ja nur noch ein gutes Jahr Ampel als Minister zu überstehen hat, ist daher nicht unbegründet. Sein Hantieren an der Rentenversicherung entspricht dem gelungenen Versuch, einem bereits ausgesprochen fragilen Yenga-Turm noch einmal an der Basis einen Stein wegzunehmen und ihn als Spitzenlast oben aufzulegen.



Soll doch der nächste Mitspieler das wacklige Gebilde zum Einsturz bringen!

Nun, etwas Neues gibt es doch. Weil die 48 Prozent von irgendwas, je nachdem, wer mit welchen Zahlen und Annahmen rechnet, ohne Erhöhung der Beitragssätze nicht zu halten sind, hat Heil zwar schon Beitragserhöhungen eingeplant, aber stolz verkündet, hier eine Bremse eingebaut zu haben, in Form eines „Sondervermögens“, das im Endausbau 200 Milliarden Euro betragen soll, mit dem der Bund an der Börse spekuliert, um Dividenden und Spekulationsgewinne dann zur Stützung der Rentenkasse einsetzen zu können.

Da sollten sich, bei einem gut gemanagten Fonds, aus den 200 Milliarden Kapital im Durchschnitt – aber eben nicht jedes Jahr – nach Abzug der Verwaltungskosten (geschätzt 0,3 % von 200 Milliarden) um die 10 Milliarden Gewinn erzielen lassen. Nach Abzug der Zinsen des kreditfinanzierten Fonds können davon, wenn die Zinsen nicht noch einmal steigen, immerhin noch fünf Milliarden an die Rentenkasse abgeführt werden, vorausge-

setzt, der Finanzminister will nicht vorher noch 25 Prozent Kapitalertragsteuer einziehen, dann bleiben nämlich nur 2,5 Milliarden zur Stützung der Rentenkasse übrig, was ungefähr 1,5 Prozent der Ausgaben der Rentenversicherung entspricht.

Sicherlich, das kann gutgehen. Wäre ich Banker, würde ich allerdings zögern, dafür einen Kredit zu vergeben. Es muss ja nicht gutgehen. Schlimmstenfalls schrumpft das Kapital bei allgemein sinkenden Kursen innerhalb eines Jahres auf die Hälfte zusammen – aber die Schulden bleiben stehen und müssen irgendwann getilgt werden, und sei es, durch neue Kredite.

Andererseits: Es sind ja bloß 200 Milliarden ...

## **E-Mobilität**

Vizekanzler Habeck, der seinen Heiz-Hammer inzwischen als den Versuch verkauft, auszutesten, wie weit die Bevölkerung bereit sein würde, für den Klimaschutz auch Opfer zu bringen, und sich das Eingeständnis abgerungen hat, zu weit gegangen zu sein, wird auch im Verkehrssektor bereits festzustellen begonnen haben, dass man zwar in lauen Vollmondnächten mit Steinen nach dem Mond werfen kann, aber dann doch keine Chance hat, auch zu treffen.

Das ist eben der Unterschied zwischen dem fantastischen Fabulieren im Kinderbuch, wo sich für jedes auftretende Hindernis ein unerwartetes und oft auch naturgesetzwidriges Wunder hinschreiben lässt, von dem aus die Geschichte in das nächst aberwitzige Abenteuer katapultiert wird, und der realen Welt, in der Erwachsene ihre Wünsche an der Wirklichkeit, ihre Ziele am Aufwand und an den schädlichen Nebenwirkungen messen, bevor sie versuchen, das sinnvoll Mögliche zu erreichen.

Mit der Entscheidung von Mercedes, die neue, große Elektroplattform MB.EA-Large einzustampfen, auf der die künftigen elektrischen E- und S-Klassen aufgebaut werden sollten, ist ein weiterer Nagel in den Sarg der E-Mobilität in Deutschland eingeschlagen worden. Aus und vorbei mit der „Electric only“-Strategie. Mercedes wird auch über das Ende des Jahrzehnts hinaus Verbrenner-Modelle bauen und verkaufen und daran verdienen. Die Pläne, einen neuen Achtzylinder aufzulegen, soll das Handelsblatt mit der Aussage kommentiert haben, das sei zwar nicht konsequent im Hinblick auf den Klimaschutz, aber besser für die Gewinnmargen.

Wundert sich noch jemand, dass sich die Forderung nach dem Ausstieg aus dem Verbrenner immer größeren Zuspruchs erfreut und das von der EU verordnete [Verbrenner-Aus für 2035](#) nun auch von der CDU angegriffen wird?

Es kostet nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, dass nach den Bundestagswahlen 2025 und dem krachenden Scheitern der Ampel auch die CO2-Bepreisung auf fossile Brennstoffen wieder fallen wird.

Elektromobile sind nicht deshalb keine Alternative zum Verbrenner, weil sie zu teuer sind. Das kann man ändern. Sie sind nicht deshalb keine Alternative, weil die Reichweiten unzulänglich sind. Auch das kann man ändern. Es liegt auch nicht an der unzureichenden Ladeinfrastruktur und am Netzausbau. Beides kann man mit großem Aufwand ändern.

Elektromobile sind keine Alternative zum Verbrenner,

- weil Benzin und Diesel in den erforderlichen Mengen jederzeit verfügbar gemacht werden können,
- nicht aber der zusätzliche Strom, der für die gleiche Fahrleistung einer E-Mobilflotte benötigt würde.

Von daher sind hohe Steuern und Abgaben auf fossile Brennstoffe kein Mittel, um den Umstieg auf E-Mobilität zu fördern, sondern schlicht und einfach Abzocke aller, die auf individuelle Mobilität angewiesen sind, und zugleich ein praktisches Fahrverbot für alle, die sich die Tankfüllung einfach nicht mehr leisten können.

## Mentale Defekte

Wo suchen Sekten ihre Opfer?

Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Das perfekte Opfer für die Überrumpelung durch eine wie auch immer geartete, sektiererische Gemeinschaft ist gutgläubig, vertrauensselig und unsicher.

Das einzige, was die Sekte tun muss, um ihr Opfer einzufangen, ist es, Sicherheit zu versprechen. Die Sicherheit, das Richtige zu wissen, zu denken und zu tun, weil der Sekte aus höchster Quelle offenbart wurde, was das Richtige ist.

Wie binden Sekten ihre Opfer an sich?

Auch diese Frage ist leicht zu beantworten. Wer sich der Sekte soweit genähert hat, dass er beginnt zu versuchen, das Richtige zu denken und zu tun, dem wird versichert, zu den Auserwählten zu gehören. Zugleich wird er gewarnt vor den vielfältigen Versuchen des Bösen, ihn vom Glauben abzubringen, die immer intensiver werden, je mehr er sich zugehörig und verbunden fühlt. Schließlich sei genau daran zu erkennen, dass Anfeindungen von unerwarteter Stelle auftreten, ja dass man ihn in der Familie nicht mehr versteht und in sein altes Leben zurückziehen will, dass er auf dem rechten Weg ist und die Heerscharen Satans begonnen haben, um seine Seele zu kämpfen.

Wie machen Sekten ihre Opfer gefügig?

Eine engmaschige persönliche Betreuung in liebevoller mütterlicher Strenge weist dem Opfer den Weg in die Rituale, die Gebote und Verbote der Sekte, lobt jeden Fortschritt und zeigt herbe Enttäuschung bei jedem Rückschritt. Weil die vorherigen sozialen Bindungen bereits zerbrochen oder zumindest beeinträchtigt sind, sieht das Opfer sein Heil darin, vollständig in der neuen Gemeinschaft aufzugehen. Mit der Zeit lässt die anfänglich zelebrierte Harmonie nach, stattdessen werden Strafen angedroht, von denen die schlimmste darin besteht, wegen Fehlverhalten aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden.

Ist dieser Zustand erreicht, hat sich das Opfer einem Regelwerk unterworfen, das „ganz normales“ Verhalten mit den sekteninternen Überwachungsorganen verfolgt und mit der sekteninternen „Justiz“ bestraft, während grob unsinniges Verhalten gelobt und belohnt wird.

Wie macht sich eine Regierung das Staatsvolk gefügig?

Sie sucht sich die Gutgläubigen, Vertrauensseligen und Unsicheren, verstärkt deren Unsicherheit durch mannigfache Ängste und verspricht allen Sicherheit, die eifrig ihren Befehlen folgen.

Diejenigen, die sich widersetzen werden als Feinde markiert, von denen sich die Rechtgläubigen fernzuhalten haben, deren Gedanken nicht gedacht werden dürfen, selbst wenn sie plausibel erscheinen, weil die Regierung von ihrer höheren Warte aus in solchem Gedankengut die größtmöglichen Gefahren erkennt.

Wer sich loyal zeigt, wird von der Regierung auf mannigfache Weise gefördert und unterstützt, während den Feinden selbst das verwehrt wird, was ihnen nach Recht und Gesetz zusteht.

Dies ist die Stunde der Opportunisten, die sich dahin wenden, wo die Futtertröge stehen. Opportunisten, denen die „Ideologie“ hinter der Regierung völlig egal ist. Um dennoch so etwas wie ihre tieferinnere Überzeugung zu demonstrieren, werden diese Opportunisten sehr schnell zu den schärfsten Aufpassern und Denunzianten, während andere aus den gleichen Motiven - wo immer es geht - mit physischer Gewalt gegen Sachen und Menschen zeigen, dass sie es mit dem Kampf gegen den Feind ernst meinen.

## **Modell Deutschland 2029**

Vor zwei Monaten habe ich ein neues Buch angekündigt. Am 16. Mai ist es erschienen.

Ein Buch, das sich gegen die allgemeine Untergangsstimmung stemmt, indem es aufzeigt, was möglich ist.

Sie haben richtig gelesen. Nicht „was möglich wäre“, sondern was möglich ist. Dass das Mögliche nicht in Angriff genommen wird, sollte nicht in die Resignation führen, sondern sich in gerechtem Zorn Ausdruck verschaffen, wo immer sich die Gelegenheit bietet. Zum Beispiel und vor allem bei den anstehenden Wahlen, bis hin zur Bundestagswahl im Herbst 2025.

Das im Buch vorstellte Modell entstammt einem ganzheitlichen Konzept in dem alle Maßnahmen sich gegenseitig unterstützend, bzw. bedingend miteinander verbunden sind.

Um dem Leser den Einstieg in dieses komplexe Modell zu erleichtern, gliedert sich das Buch in fünf große Themenfelder, innerhalb derer wiederum eine Reihe von Einzelplänen beschrieben wird, die über Querverweise untereinander verbunden sind.

Heute stelle ich Ihnen aus dem Themenfeld „Bevölkerung“ die grundsätzliche Kritik am IST und den Einzelplan „Wohnungsbau“ vor.



## Bevölkerung

Ein unerträglich großer Teil der deutschen Bevölkerung lebt an oder unterhalb der Armutsgrenze, in beengten und unzulänglichen Wohnverhältnissen und leidet unter einem erheblichen, ideologisch bedingten, vom Staat und der so genannten Zivilgesellschaft ausgeübten Konformitätszwang.

Die daraus entstehenden negativen Einflüsse auf die individuellen und gesamtgesellschaftlichen Zukunftserwartungen sind besonders in den Bereichen der Innovationskraft und der Leistungsbereitschaft, aber auch in der schwindenden Neigung, Familien zu gründen und Kinder in die Welt zu setzen stark ausgeprägt.

Die Ursachen dafür sind vielgestaltig. In der Phase der Zielfindung und Modellbildung haben wir die folgenden negativen Einflussfaktoren identifiziert:

Exportorientierung

- Die Fixierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik auf die Erzielung maximaler Exportüberschüsse haben dazu geführt, dass sich das Lohn- und Gehaltsniveau im Lande nicht so

entwickeln konnte, wie es unter Berücksichtigung der tatsächlich erbrachten Leistung hätte ausfallen müssen.

- Es wurde damit ein Kaufkraft-Defizit im Binnenmarkt in Kauf genommen, das durch Billigimporte nur unvollständig verschleiert werden konnte, zumal diese Billigimporte die *Produktion im Binnenmarkt für den Binnenmarkt* mehr und mehr aus dem Wettbewerb verdrängten.

## Arbeitslosigkeit

- Die Folgen waren Arbeitslosigkeit und Firmenschließungen, was wiederum den Aufwand des Staates für die soziale Absicherung seiner Bürger ansteigen ließ, was durch Steuer- und Beitragserhöhungen sowie durch Nettokreditaufnahme kompensiert werden sollte.
- Der vermeintliche Befreiungsschlag in der zweiten Amtszeit des Bundeskanzlers Schröder hat lediglich – auf Kosten der Bedürftigen – den staatlichen Aufwand für die Sozialsysteme reduziert, die Exportfixierung jedoch gestärkt und den Trend der Verarmung der Bevölkerung verfestigt.
- Die staatliche Arbeitsverwaltung entwickelte sich mit dem Zwang, jede Arbeit anzunehmen, für die Arbeitslosen mehr und mehr zum Sklavenmarkt, aus dem Ausgänge nur für wenige zu finden waren.
- Das führte dazu, dass man sich im Hartz-IV-Bezug als Opfer eingerichtet hat, und dazu, dass der Staat, statt den Arbeitsmarkt in Ordnung zu bringen, die Alimentation der Arbeitslosen und des wachsenden Anteils der nicht mehr Arbeitswilligen stetig – bis zur Einführung und schnell darauf folgenden Erhöhung des „Bürgergeldes“ – hat wachsen lassen, womit der Volkswirtschaft steigende Lasten aufgebürdet wurden, die wiederum nur mit vermehrten Exportanstrengungen und der dafür erforderlichen eisernen Lohn- und Gehaltsdisziplin vor dem Abschwung gerettet werden sollte. Das Ergebnis:

Es hat nicht funktioniert.

- Der katastrophale Rückstau im Wohnungsbau hat seine Wurzeln ebenfalls in der Ära der rot-grünen Koalition. Sinkende Realeinkommen in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft rückten die Mieten für viele bereits damals in die Nähe der Unzahlbarkeit. Allerdings gab es zunächst noch einen gegenteiligen Effekt, nämlich die Flucht des Kapitals in das so genannte Betongold. Es war die Ära des Neubaus teurer Luxusimmobilien und der Luxussanierung von Altbauten. Das Klientel, das sich diese – von den Investoren vermieteten – Wohnungen leisten konnte, war anfangs noch vorhanden, und aus den der Gentrifizierung zum Opfer gefallen Altbauten heraus fanden sich die Mieter für noch leerstehende Wohnungen in minder guten Lagen der Städte, bzw. auf dem flachen Land.
- Mit der Sättigung der Wohnungsnachfrage im Luxusbereich kam der gesamte Wohnungsbau ins Stocken. Die Finanzkrise 2008/2009 brachte mit nur noch 160.000 fertiggestellten Wohnungen pro Jahr den absoluten Negativrekord, und zugleich einen knappheitsbedingten Anstieg der Mieten, der seither allen Versuchen, die Mietpreise zu deckeln, getrotzt hat.
- Als sich ab 2015 aus der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen eine wahre Migrationslawine entwickelte, die nach wie vor nicht zum Stillstand gekommen ist, traf diese bereits auf einen leergefegten Wohnungsmarkt, mit den bekannten Folgen.
- Aber die Bautätigkeit sprang nicht im gewünschten Maße an, weil die Baukosten, auch durch immer neue Bauvorschriften, so weit in die Höhe getrieben worden waren, dass sich für die beim Bezug von Neubauten erforderlichen, kostendeckenden Mieten das notwendige Mieterklientel nicht mehr finden ließ.
- In dieser Klemme sitzt der Wohnungsmarkt noch immer und es gibt nichts, was an den berühmten Silberstreif am Horizont erinnern würde.

Die Misere vor Augen und im Bewusstsein ihrer Hilflosigkeit haben die Regierungen damit begonnen, Kritik am Regierungshandeln argwöhnisch zu betrachten. Das hat durchaus schon unter Angela Merkel begonnen, ist aber seit die Ampel an der Macht ist, schmerzhaft aufgeblüht wie eine Gürtelrose.

- Die politische Konkurrenz, die bald erstaunlichen Zulauf erhielt, weil sie mit Ansätzen zur stärkeren Verfolgung nationaler Interessen auf Zustimmung in der Bevölkerung gestoßen ist, musste als rechtsextrem, faschistisch und rassistisch verleumdet werden, und jeder, der sich auch außerhalb der AfD mit der Zuwanderungs-, der Klima- und Energiepolitik, dem Verhalten Deutschlands zum Krieg in der Ukraine oder der Genderideologie nicht freudig einverstanden erklären wollte, wurde – und wird bis heute – unter Druck gesetzt, ausgegrenzt und verfolgt.

Soviel zu den drei wesentlichen Ursachen für die demotivierenden Lebensumstände der Bevölkerung.

Die Befreiung aus dieser Situation kann und muss bei der wirtschaftlichen Situation ansetzen. Ein steigender Lebensstandard vermittelt ja nicht nur persönliches Wohlbehagen, sondern auch ein wieder wachsendes Selbstvertrauen, die Rückkehr der Leistungsbereitschaft – weil es sich wieder lohnt – und eine steigende Resilienz gegen Übergriffigkeiten des Staates.

Hierzu sind Sofortmaßnahmen zu ergreifen, die unmittelbar Wirkung zeigen, es sind aber ebenso sofort Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die ihre volle Wirkung erst mittelfristig entfalten können.

Im Maßnahmenbereich Bevölkerung wurden fünf Pläne entwickelt, die hier erläutert werden, nämlich

- Wohnungsbau,
- Fachkräftequalifizierung,
- Importsubstitution,
- Zuwanderung / Staatsbürgerschaft und
- Sozialleistungen.

## A1-W – Wohnungsbau

Die am Bedarf orientierte Errichtung neuer Wohnungen ist Sache der Gemeinden, die als Konkurrenten des privat finanzierten Wohnungsbaus auftreten und gegenüber der Bauwirtschaft als Bauherren und Eigentümer in Erscheinung treten. Der Baugrund ist von den Gemeinden zur Verfügung zu stellen, wo erforderlich und von der Topologie her möglich, sind auch Landes- oder Bundesliegenschaften in Nachbarschaft des Gemeindegebietes für den Wohnungsbau heranzuziehen.

Die Finanzmittel für den Bau werden vom Bund zu 30 % als Zuschuss, zu 70 % als zinslose Darlehen mit 30 Jahren Laufzeit zugewiesen.

Betrieb, Wartung und Unterhalt der Wohnungen, die Abwicklung der Vermietung, Nebenkostenabrechnung und Inkasso werden privaten oder – so vorhanden – kommunalen Wohnungsverwaltungsunternehmen übertragen.

Die Gemeinde ist Eigentümer und Vermieter. Sie hat bei der Belegung der Wohnungen ein vorrangiges Mitspracherecht. Die Verwaltungsgesellschaften sind der Gemeinde zur Rechnungslegung verpflichtet. Die Gemeinde entscheidet – analog zur Eigentümersammlung bei Wohngebäuden im Teileigentum – einmal jährlich über die Wirtschaftspläne der einzelnen Objekte.

Die Wohnungen werden nach Vorgabe der Gemeinden (Anzahl, Größe, Ausstattung) in Verantwortung der beauftragten Architekten und ausführenden Unternehmen nach den anerkannten Regeln der Technik in Bezug auf Statik und Sicherheit der verbauten Gebäudetechnik (Elektrik, Heizung, etc.) errichtet. Alle darüber hinausgehenden Bauvorschriften werden außer Kraft gesetzt. Wohnungsgrößen und Ausstattung werden auf die Situation der in der Region Wohnungssuchenden abgestellt. Die Bauabnahme erfolgt durch den TÜV oder ein anderes qualifiziertes Prüfungsunternehmen.

Die Gestehungskosten des Wohnraums sollten bei etwa 1.600 bis 1.800 Euro pro Quadratmeter liegen, den Betrag von 2.000 Euro

pro m<sup>2</sup> aber nicht übersteigen. Wohnungen mit gehobener Ausstattung bleiben Domäne des privaten Wohnungsbaus.

Aus den Mieteinnahmen sind die Tilgungsraten (monatlich 3,11 bis 3,89 €/m<sup>2</sup>) zu erwirtschaften. Außerdem die Kosten für Unterhalt, Betrieb, Verwaltung und die Rücklage für Renovierung und Reparaturen, die während der Tilgungsphase mit monatlich ca. 2,50 €/m<sup>2</sup> ausreichend bemessen sein dürften. Nach der Tilgungsphase können auch größere Modernisierungen aus den Mieteingängen finanziert werden.

Damit ist es möglich, Wohnungen mit einfacher bis durchschnittlicher Ausstattung zu Kaltmieten von unter 6,50 € pro m<sup>2</sup> und Monat anzubieten.

Mit dem Fortschreiten des Wohnungsbauprogramms sinken die Kosten der Gemeinden für die Unterbringung von Obdachlosen, Asylbewerbern und anderen Migranten, die bisher zumeist in sehr viel teurer angemieteten Objekten aus privatwirtschaftlichem Gebäudebestand unterzubringen waren.

Pro Wohnungseinheit werden der Realwirtschaft durchschnittlich ca. 140.000 Euro (bzw. DM) Liquidität zugeführt, die ganz überwiegend im Binnenmarkt verbleiben (keine Importe, inländische Beschäftigte) und so einen Wachstumsimpuls über die Baubranche hinaus auslösen. Die Rückführung der Liquidität erfolgt über die Transaktionsbesteuerung und die von den Kommunen aus den Mieteinnahmen zu leistende Tilgung.

Die Umsetzung des Wohnungsbauprogramms erfolgt im Zusammenwirken mit den Plänen

- **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** (81)
- **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** (123)
- **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** (176)
- **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** (147)
- **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** (193)

Die erste Wohnungsbautranche, die von ihrem Umfang her von den aktuell reduzierten Kapazitäten der Baubranche begrenzt ist, wird ca. 14 Monate nach Planstart bezugsfertig sein. Weitere Tranchen folgen, bzw. können zeitversetzt parallel gestartet werden.

Nachstehend Aussagen zu den möglichen Baubranchen, den Kosten und den Folgewirkungen der öffentlich finanzierten Wohnungen.

Der Umfang des Wohnungsbauprogramms soll den privatwirtschaftlichen Wohnungsbau vor allem im Segment preiswerter Wohnungen ergänzen.

Fertigstellung	Anzahl	Kosten	Zuschuss
April 2026	100.000	14 Mrd.	4,2 Mrd.
April 2027	150.000	21 Mrd.	6,3 Mrd.
April 2028	200.000	28 Mrd.	8,4 Mrd.

Die Steigerung der Bautätigkeit soll dem Kapazitätsaufbau aus dem Fachkräftequalifizierungs-Programm folgen. Ab 2029 wird die Zahl öffentlich finanzierter Wohnungen wieder zurückgehen.

Mit 18,9 Mrd. Zuschuss werden innerhalb von drei Jahren 450.000 Wohneinheiten errichtet. Damit entstehen (bzw. bleiben erhalten) etwa 50.000 Arbeitsplätze im Baugewerbe, weitere 10.000 in der Wohnungsverwaltungs- und Hausmeisterbranche.

Wirkung auf die Staatsfinanzen:

Ersparnis ALG/Bürgergeld p.a. ca. 1,1 Mrd.  
 Steuermehreinnahmen (System neu) 1,4 Mrd.

Entlastung bis auf 2,5 Mrd. p.a. ansteigend.

Der Zuschuss amortisiert sich in weniger als zehn Jahren.

Parallele Realisierung verkürzt die Fertigstellung.

# A1-W - Wohnungsbau

## Zeitplan erster Bauabschnitt



Mieteinnahmen decken laufende Kosten und ermöglichen die Tilgung der Darlehen des Bundes

[Der Link zum Verlags-Shop](#)